

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 gelappten Kolonnen-Beile 50 Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyg. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Fröll, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rilolastraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Das Rätewesen in seiner fortschrittlichen und möglichen Gestalt.

Eine der umstrittensten Fragen ist seit Monaten die der Betriebsräte. Neben der Sozialisierung ist die Rätefrage ein Kernstück in der großen wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung, die wir durchleben. Soweit angestrebt wurde, neben dem Parlament eine gleichberechtigte gesetzgeberische und exekutive Räteorganisation aufzubauen oder nach russischem Muster alle Macht den Räten zu übertragen, ist die Frage in der Verfassung verneint, und zwar mit Zustimmung der Sozialdemokratie, die sich vom Boden der Demokratie nicht entfernen kann und darf. Die Diktatur einer Minderheit ist für die Sozialdemokratie nicht diskutabel. Denn eine solche kann keine Dauer haben, führt also zum Rückschlag und dient damit der Reaktion. Wenn wir einer Diktatur von links das Recht einräumen, den Rechtsboden der Demokratie zu zertrümmern, so schaffen wir einer gewalttätigen Minderheit von rechts das rechtliche Argument, das gleiche zu tun, wenn ihr die nötige Anzahl Bajonette zur Verfügung steht. Nicht Gewalt darf künftig der Rechtsanspruch der Herrschaft sein, sondern einzig das Recht, das aus der freien Selbstbestimmung politisch gleicher und wirtschaftlich freier Bürger fließt. Jeder andre Weg führt nicht zu einer höheren Organisation der Gesellschaft, sondern zum Abgrund der Anarchie. Lehnen wir aber eine politische und wirtschaftliche Rätebildung ab, so schütten wir das Kind noch nicht mit dem Bade aus. Das Brauchbare aus dem Rätegedanken und eins der wichtigsten Mittel, die Produktion einer größeren Ergiebigkeit entgegenzuführen, die wir als Vorbedingung zur Sozialisierung brauchen, sind die Betriebsräte, die zugleich ein Instrument der wirtschaftlichen Mitbestimmung des Arbeiters im Produktionsprozess sein sollen und sein müssen. Die große Aufgabe der Sozialdemokratie ist nun, den an sich brauchbaren Entwurf der Regierung in der Nationalversammlung so auszubauen, daß er seinem eigentlichen Zweck entspricht und die berechtigten Erwartungen der Arbeiter erfüllt. Von einem Erzeugnis wird man sich dabei freihalten müssen: die Betriebsräte, ganz gleich, wie weit ihre Vollmachten gehen, können die Sozialisierung nicht verwirklichen. Denn der Sozialismus ist die Wirtschaft durch die Gesamtheit für die Gesamtheit. Diese kann aber unmöglich von den Arbeitern eines oder einer beliebigen Anzahl von Betrieben vorgenommen werden. Das wäre das Gegenteil von Sozialismus und würde nur an die Stelle des einzelnen Besitzers der Produktionsmittel eine mehr oder minder große Vielheit von Besitzern setzen, die einer Steigerung der Produktion eher hinderlich als fördernd wäre. Die Steigerung der Produktion ist aber unbedingte Vorbedingung jeder Sozialisierung, die ihren einzigen Zweck erfüllen soll: allen Menschen ein größeres Maß von Kultur- und Wohlstand zu gewähren. Die heutige Produktion reicht bei weitem nicht einmal aus, den 65 Millionen Deutschen auch nur das nackte Leben zu erhalten. Unsere Agrarzeugung reicht für höchstens 40 Millionen Menschen; für 25 Millionen Menschen müssen wir Lebensmittel einführen. Um diese unbedingt nötige Einfuhr bezahlen zu können, müssen wir unsere eigenen und alle vom Weltmarkt erhältlichen Rohstoffe verarbeiten und sie an den Weltmarkt abgeben. Wir sind und bleiben bei unserer Ueberbevölkerung also die Lohnarbeiter des unsrer Ernährung sichernden Weltmarktes. Umgeben und abhängig von kapitalistischen Ländern, können wir das Maß, die Methoden und den Umfang des Sozialismus nicht allein bestimmen: weder als Volksganges noch als der Teil des Volkes, der die Sozialisierung anstrebt. Der Glaube, die Betriebsräte könnten irgend etwas sozialisieren, ist also ein gefährlicher Irrwahn, dessen Verwirklichung einen noch schlimmeren Ausgang nehmen würde als das ungarische Räteexperiment. Damit ist auch der Aufgabekreis der Betriebsräte auf das Mögliche eingeschränkt. Er erstreckt sich auf die Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellten) des Betriebes und auf die Einflußnahme auf Betriebsleitung und Betriebsleistung. Beide können nicht wahrgenommen werden ohne oder gar im Gegensatz zu den Berufsvereinen (Gewerkschaften); letztere müssen vielmehr die Rückendeckung und das Überordnende und inspirierende Verbindungsorgan der Betriebsräte innerhalb eines Industriezweiges und der gesamten Volkswirtschaft bleiben. Der Betriebsrat kann auch nicht Partei des Arbeitsvertrages sein. Das würde zu unmöglichen Abstufungen in den Festsetzungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit zur Anarchisierung der Wirtschaft führen. Der individuelle Arbeitsvertrag ist abgetan; an seine Stelle ist der korporative Arbeitsvertrag getreten, dessen Träger die Arbeitgeberverbände und die gewerkschaftlichen Berufsverbände sind. Unbeschadet dessen ist der Aufgabekreis der Betriebsräte noch so gewaltig, daß er nur durch die sorgfältigste Auslese der qualifiziertesten Arbeiter bei der Wahl zu den Betriebsräten zu bewältigen ist. Der Entwurf macht einen energischen Anlauf, um dem wirtschaftlichen Faustrecht ein Ende zu machen, unter dem der Verkäufer der Arbeitskraft bisher der Leidtragende war. Dieses wirtschaftliche Faustrecht war das eigentliche Merkmal der kapitalistischen Herrschaft über den wirtschaftlich Schwächeren. Das Scharfmacherwort: „Ich bin der Herr im Hause“ wird samt seinem für den Arbeiter vernichtenden Inhalt durch das Räte-Gesetz zertrümmert. Der Arbeiter wird fortan nicht mehr der Willkür untertan, sondern er wird frei sein. Er wird Herr über sein Geschick. Er steht endlich dem Arbeitgeber als Gleichberechtigter gegenüber. Insbesondere muß den Gewerkschaften das Recht gesichert werden, in tariflichen Ver-

Die
Zustellungsleitungen und deren Funktionäre müssen nunmehr ihr Hauptaugenmerk auf die zurückkehrenden **Kriegsgefangenen** richten. Insbesondere diejenigen, die bereits Mitglied unsers Verbandes waren, **sollen** aufgesucht und zur Weiterführung ihrer Mitgliedschaft angehalten werden. Sie sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie **sich** ihre früher erworbenen Rechte sichern können, wenn die **Wiederanmeldung innerhalb 14 Tagen erfolgt**. Die vor der Einziehung zum Heeresdienst geleisteten Beiträge werden voll angerechnet, wenn sich die Heimkehrenden unter Einhaltung des angegebenen Termins bei der Ortsverwaltung **melden**. **Keines unsrer alten erfahrenen Mitglieder darf verloren gehen.**

einbarungen über die für allgemeine Verhältnisse geltenden Gesetzesvorschriften hinauszugehen, was für einzelne Industriegruppen durchaus möglich und nötig ist. Man kann zum Beispiel nicht den Bergbau über den gleichen Kamm scharren wie etwa die Landwirtschaft oder den gewerblichen Mittelbetrieb. Wir halten auch die durchgeführte Trennung der Arbeiter- und Angestelltengruppen im Betriebsrat für einen Fehler, der beseitigt werden muß. Alles in allem aber ist der Entwurf eine Grundlage, auf der sich weiterbauen läßt. Die agitatorische Behauptung, daß das Gesetz nur eine andre Aufmachung der knappen Rechte der Arbeiterausschüsse und der Sicherheitsmänner im Bergbau bringe, ist eine traffe Unwahrheit. Allerdings gehen deren Funktionen auf die Betriebsräte über, aber doch in einer Ausweitung, die den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden sucht. Und darüber hinaus schafft es Möglichkeiten der Betätigung und engt die Herrschaft des Unternehmers so weit ein, daß ein Vergleich mit den Arbeiterausschüssen geradezu lächerlich wird. Allerdings gehören zu der praktischen Anwendung der neu erworbenen und stark erweiterten alten Rechte Männer, die mehr können als Phrasendrescher. Arbeiter, die in gleichem Maße Wollen und Können verkörpern, werden in dem Gesetz die nötige Rüstung finden, derer sie bedürfen zur Wahrnehmung und Verteidigung aller sozialen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Klasse.
R. Seefeld, Dippach.

Die Akkord-Arbeit.

Die Arbeitgeber stellen das Verlangen nach Einführung der Akkordarbeit immer stärker in den Vordergrund. Ihre Begründung besteht hauptsächlich in dem Hinweis auf die verminderte Ergiebigkeit der Arbeitsleistung und in dem Drange, die auf acht Stunden pro Tag herabgesetzte Arbeitszeit bis zur höchstmöglichen Grenze auszunutzen. Es kann dahingestellt bleiben, inwieweit beabsichtigt ist, den egoistischen Drang des einzelnen, in Akkord möglichst viel zu verdienen, in ein Sammelbeden zu leiten, welches nachher „Stimmung unter der Arbeiterschaft zur Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit“ genannt würde. Wir haben alle Ursache, den Dingen mit großer Vorsicht zu begegnen. Wir wollen für diesmal ganz davon absehen, zu untersuchen, inwieweit der technische Unterbau der Arbeit an sich reformiert werden müßte, um das noch geltende Prädikat: „Akkordarbeit ist Akkord“ wesentlich abzuschwächen. Daß statt 9 1/2 Stunden früher jetzt etwa nur 8 Stunden gearbeitet wird, genügt hierfür in keiner Weise. In dem Augenblicke, wo wir die Akkordarbeit als notwendig erachten, um die Ergiebigkeit der Arbeitsleistung zu heben, geben wir zu, daß die Arbeitslust durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden geschwunden und der Arbeitswille infolge des Fehlens der Arbeitgeberermute unter das normale Maß gesunken ist. Dazu liegt nicht der geringste Anlaß vor, weil dieses nicht die ausschlaggebenden Gründe sind. Die Arbeitgeber wissen gut genug, daß die Minderleistungsfähigkeit der Arbeiterschaft nicht einfach als schlechter menschlicher Zug zu erklären ist, sondern als Ausgeburt eines fünfjährigen Kasernenlebens, als Folge einer seit Jahren anhaltenden Unterernährung und der schweren körperlichen und seelischen Strapazen in Schützengräben und Schützengassen und nicht zuletzt als notwendige Folgeerscheinung der uns seit Jahren verfolgenden Seuchen, wie Grippe und dergl., angesprochen werden muß. Ist aber das der Fall, so ist die Akkordarbeit das gerade Gegenteil des Mittels, die allgemeine Arbeitsleistung zu heben, solange wir nicht in der Lage sind, dem Arbeiter für den im Akkorderzielten Verdienste solche Rationen

Lebensmittel zu verabfolgen, daß er nicht nur die bei der Arbeit verbrauchten Kräfte ersetzt, sondern darüber hinaus einen stetigen Aufbau seines Allgemeinbefindens erzielen kann. Man sehe sich nur flüchtig die Preisliste und Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt an, um sofort zu erkennen, daß daran vorerst gar nicht gedacht werden kann. Führen wir aber dennoch Akkordarbeit ein, so muß ein weiterer Verfall der Arbeitskräfte die Folge sein, und die Akkordoffensive müßte — im Stil Ludendorff gesprochen — den eigenen Mißerfolg um so gründlicher zeitigen. Die Akkordarbeit soll das Allheilmittel sein, welches uns aus der wirtschaftlichen Misere herausführt. So klingt es durch den Blätterwald. Wäre es richtig, wer könnte sich sträuben, sofern nur die Akkordarbeit in gesunden Bahnen bleibt? Doch zum größten Teil besteht noch nicht einmal die technische Möglichkeit für Akkordarbeit. Greifen wir die Gummi-Industrie heraus, in welcher der Ruf nach Akkordarbeit besonders stark ertönt. Will der Arbeiter im Akkord etwas verdienen, so muß er ungehindert arbeiten können. In Wirklichkeit stockt der Betrieb rasch hintereinander aus den verschiedensten Gründen. Einmal fehlt Dampf wegen schlechten oder mangelnden Brennmaterials; ein andermal fehlt Gummi, dann wieder Leinwand usw. In andern Berufen liegen die Dinge ähnlich. Es wird in der Regel übersehen, daß wir fast überall großen Materialmangel haben. Durch die Einführung sogenannter Garantilöhne allein ist der Arbeiter vor Schaden nicht bewahrt, denn sobald der Arbeitgeber wiederholt zwischen Verdienst und Garantilohn aufzählen muß, kommt der Arbeiter in den Geruch eines systematischen Faulenzers, obwohl die Stodung des Betriebes und viele andre Umstände den Arbeiter in seinem Verdienste nicht höher kommen lassen. Diese nicht in der Person des Arbeiters liegenden Hindernisse sind in der Regel den Lohnbureaus, besonders aber den Direktoren nicht bekannt. Arbeitet nun ein Arbeiter die einte Stunde im Akkord, die andre Stunde wieder im Lohn, so ist der Ueberblick über die zustehende Entlohnung geschwunden; mißliche Streitigkeiten und zahlreiche Reklamationen sind die Folge. Oft aber enden solche Differenzen mit offenem Kampfe. Die ersehnte Ruhe tritt nicht ein.

Die Ausbau-Möglichkeit des Akkordsystems ist schwerfällig. Die Arbeiterschaft muß aber die Möglichkeit haben, in den sich unterstützenden Preisstrebereien möglichst rasch einen Ausgleich zu schaffen. Da kann man es verstehen, wenn die Arbeitgeber eine zweite Fliege mit dem einen Schläge treffen wollen, indem sie durch die Einführung des Akkordsystems die Beweglichkeit des Lohn- und Einkommens erschweren und sich vor starken Lohnbewegungen nach oben schützen wollen. Hier stehen sich jedoch die Interessen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers so scharf gegenüber, daß man auf Seiten der Arbeiterschaft nicht so ohne weiteres das Feld räumen kann.

Die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkte ist nicht dazu angetan, die Akkordarbeit zu fördern. Doch sind Tausende arbeitslos, welche der Allgemeinheit zur Last fallen, und gerne wieder in ein geordnetes Arbeitsverhältnis kommen möchten. Durch die allgemeine Einführung der Akkordarbeit wird aber nicht nur wesentlicher Neudeckungsbedarf an Arbeitskräften absorbiert, sondern es dürfte in manchem Betriebe infolge des sogenannten „Wühlens“ alsbald ein Mangel an verfügbaren Rohmaterialien eintreten und der Arbeitgeber hätte einen berechtigten Vorwand, wegen Arbeitsmangels auch noch einen Teil der Beschäftigten aussetzen zu lassen oder überhaupt zu kündigen. Das Heer der Arbeitslosen, verstärkt durch die zurückkehrenden Gefangenen, wird zur öffentlichen Katastrophe. Fällt es schon auf, daß die Arbeitgeber trotz der großen Anzahl an Arbeitslosen eine höchst mögliche Ausbeutung der verfügbaren achtstündigen Arbeitszeit und der Arbeitskräfte anstreben, so muß die finanzielle Wirkung der allgemeinen Akkordarbeit geradezu zur Katastrophe führen. Während in solchen Einzelbetrieben, die einen mehr gefäufigen Artikel herstellen, die Arbeiter unter dem Akkordsystem vielleicht auf solche Lohnsätze kommen können, daß sie dabei nicht gerade zugrunde gehen, werden die Arbeitgeber in den zahlreichen schlechter florierenden Geschäften die Unrentabilität eines einzelnen Akkordartikels alsbald so „drastisch“ vor Augen führen, daß die Forderungen auf Erhöhung der Akkordsätze mit Erfolg abgewehrt werden können. Die mittelbare Beeinflussung des Gewinnes kann oft nicht nachgewiesen werden. Der Arbeiter kommt sich dabei vor, als sei der Arbeitgeber stets der seine Mann, der ihn nur aus „Gnade“ behält, während seine Arbeit nichts abwerfe, sondern sogar noch einen Fußfuß erfordere. Die Folge davon ist ein weiteres Begetieren zu ungenügenden Lohnsätzen, und in weiterer Folge eine Depression in der Lage der Arbeiterschaft.

Daß die Zubericht der Arbeiterschaft unter einem solchen System nicht gefördert wird liegt auf der Hand. Die Gefinnung der Arbeiterschaft ist nach wie vor scharf gegen die Akkordarbeit. Das ist auch erklärlich. Im sozialisierten Betriebe, oder besser gesagt, wenn die Arbeiterschaft ihren Arbeitsvertrag selbst verwaltet und lektierer ihm und der Allgemeinheit zugute kommt, ist das Problem der Akkord- oder Stückarbeit von Grund auf verändert. Jetzt hat noch der Kapitalist den größeren Nutzen an der Akkordarbeit. Der ausschauende Sinn des Arbeiters führt zu der Auffassung, daß es ein Konjens ist, den Unternehmer durch den größeren Profit auch allgemein wirtschaftlich zu füttern, ohne

selber in gleicher Weise Einfluß auf die eigene Arbeitsleistung zu gewinnen. Wenn eingewendet wird, daß Deutschlands Wirtschaft nur dann wieder hochgebracht werden kann, wenn die Kapitalisten ihre Profitrate dabei einheimsen können, so wird die Arbeiterchaft hierin nicht folgen.

Darum ist eine durchgreifende Sozialisierung und wirkliche wirtschaftliche Demokratie in den Betrieben die unumgängliche Voraussetzung für einen möglichen Umstimmung der stark ablehnenden Gesinnung der Arbeiterchaft gegen Akkordarbeit. Die Gewerkschaften werden den berechtigten Kampf gegen die Akkordarbeit weiterführen müssen, da die Zeit und die Verhältnisse nach nicht gekommen sind, wo eine Verringerung dieser Stellungnahme geboten erscheint.

J. Reibholz, Frankfurt a. M.

Zum Problem der Zwangswirtschaft.

Durch die mit bravourvoller Gewissenhaftigkeit fast fünf Jahre hingezogene Kriegsführung ist die deutsche Volkswirtschaft in einem Grade unterhöht und ausgeklagt worden, daß sich der deutsche Wirtschaftskörper zur Zeit in einer Situation der Anomalität befindet, wie sie noch niemals in Kulturvolk betreten hat. Die ausgezogene und ausgehungerte Bevölkerung schreit nach Lebensmitteln jeder Art im weitesten Sinne des Wortes, vor allem nach Produkten, die zur Ernährung, Bekleidung und Befähigung bitter notwendig sind. Es besteht nicht nur ein ungeheurer Mangel an solchen Produkten und Rohprodukten, sondern — und das verschärft die Situation ins Ungemeine — auch die Willenskräfte des arbeitenden Volkes sind total unterhöht, wie es nach der Auffassung der materialistischen Dialektik nicht anders erwartet werden konnte. Der gesamte Kreislauf unseres materiellen und physischen Lebens ist in mehr als einem Punkte gestört, ja zerrissen. Ohne Berücksichtigung dieser grundlegenden Tatsache ist jede Diskussion über das gegenwärtige Wirtschaft- und Ernährungsproblem nutzlos. Nur so ist es auch zu erklären, daß die verantwortlichen Reichsstellen die von ihnen geforderte kurzfristige Gewandung der Zustände nicht herbeiführen können, sondern sich darauf beschränken müssen, an den verwundbarsten Stellen heilende und lindende Verbände anzulegen und, soweit nur möglich, dem Selbstheilungsprozeß nachzuhelfen. Wer mehr erwartet, ist ein Tor, wer mehr in Aussicht stellt, ein Witzbold.

Von verschiedenen Stellen wird als das alleinige Heilmittel die Umhebung der Zwangswirtschaft gefordert. Abgesehen davon, daß der Ausdruck „Zwangswirtschaft“ die Sache nicht richtig trifft, weil es sich dabei mehr um eine Schutz- und Sicherungswirtschaft handelt, darf bei Behandlung dieser Frage nie übersehen werden, daß die sogenannte Zwangswirtschaft im Grunde nichts anderes ist, als die notwendige Abwägung eines Kriegszustandes zwischen Warenangebot und Warennachfrage. Dieser Kriegszustand, der in normalen Zeiten infolge der Schnelligkeit der gut funktionierenden Handelsoperationen nur momentane Auswirkungen zeigen kann, ist durch die Kriegsjahre dadurch zu einem dauernden, einem andauernden Zustand geworden, daß andauernd Warenmangel herrscht. Die Aufgabe der Zwangswirtschaft will sich dementsprechend nur darauf beschränken, die Garantien zu beschaffen, daß die vorhandene unzureichende Warenmenge in möglichst geordneter Art unter die konsumierenden Volksgenossen verteilt wird, damit sich nicht die begünstigten Kreise vermöge ihrer Zahlungsmittel in überreichen Besitz der Lebensmittel setzen können, während die Unbegünstigten vor dem Nichts zu sehen verurteilt sind.

Dazu kommt als zweites Moment die soziale Forderung, angefaßt der überaus schlechten Einkommensverhältnisse der großen Volksmassen dafür zu sorgen, daß wenigstens die wichtigsten Lebensmittel, vor allem Brot, Fett, Mehl, Kartoffeln zu einem Preise kaufbar sind, der einigermaßen erschwinglich ist.

Diesem an sich recht primitiven Prinzipien entsprechend — andere Prinzipien kann es hierbei nicht geben — ist das leitende Ziel der verantwortlichen Reichsstellen, einmal alle weniger lebenswichtigen Produkte aus der Zwangswirtschaft zu entziehen, zum andern aber die lebenswichtigsten Produkte möglichst voll zu erfassen, damit nichts in heimische Hände verstreut wird, und drittens sie mit Preisen zu versehen, die den berechtigten Interessen der Verbraucher wie Erzeuger entsprechen. Daß es hierbei schwierig ist, diesen Interessen ausgleich angemessen durchzuführen, bedarf keiner Erörterung. Daß der jede Hilfe der verantwortlichen Stellen hierfür vorhanden ist, ist ebenso unzweifelhaft bewiesen, indem im Lauf der letzten Monate bei einer ganzen Reihe von Lebensmitteln die Zwangswirtschaft aufgehoben worden ist. Es gibt niemanden in der Reichsregierung, der auch nur entfernt daran denkt, die Zwangswirtschaft etwa als einem theoretischen oder idealen Prinzip heraus aufrechtzuerhalten. Die Reichsregierung folgt jeder nur einem real- und sozialpolitischen Maß, für bestimmte Lebensmittel die Zwangswirtschaft unter allen Umständen und mit allen Mitteln durchzuführen.

Das was im Grunde ein- und das gleiche Problem aber vertritt, macht, ist ein Punkt, der immer wieder übersehen wird, obwohl er letzten Endes der ausschlaggebende ist: die Salariatsfrage. In normalen Zeiten wird der Mangel an einschlägigen Produkten mit Leichtigkeit durch ausländische Einfuhr an Hand des Weltmarktpreises ausgeglichen. Diese normale Beschäftigung wird heute durch die verzögerte Zahlungsmittelverfügbarkeit und die fehlende Bewertung unseres Papiergeldes im Ausland radikal vermindert. Der jetzige Weltmarktpreis für Getreide ist heute wegen der allgemeinen Warenknappheit in allen Weltteilen an sich schon außerordentlich hoch gestiegen. Für den deutschen Käufer wird er durch die fehlende Salara und die mangelnde internationalen Kaufkraft noch vergrößert, so daß, wie der Reichswirtschaftsminister zu verschiedenen Gelegenheiten sehr klar ausgesprochen, die Aufhebung der Zwangswirtschaft insofern zur Folge hätte, daß u. a. der Preis für, der heute mit etwa 120 Mk. bezahlt wird, auf 8-9 Mk. zu setzen käme und für die breite Masse unerschwinglich wäre. Wir müssen dann zusehen, wie sich die zahlungsunfähigen Kreise unterstützen lassen und den anderen ihre Rationen geschnitten würde, weil eben nicht überreiche Salariatsbesitzer da sind.

Die Zwangswirtschaft hat nirgend einen Zweck. Der Preis der Lebensmittel, der zwischen muß, wie die Waren des freien

Handels mit ungeheuren Konjunkturschwüngen verharbt werden, ist verblüffend, daß seine gewöhnlich notwendige Arbeit nicht einen äquivalenten Nutzen abwirft; der Handel ist verärgert, daß er unter der Zwangswirtschaft nicht frei schalten und walten kann, daß er nur mechanisch Verteiler ist und sich mit einem kleinen Handelsgewinn zufrieden geben muß; der Konsument ist unzufrieden über die zeitraubende Kartenzwangsweise, die beschleunigten Reaktionen, die oft schlechte Qualität der ihm zugeführten Ware, bei der es ein Ausweichen nicht gibt.

Diese dreifache Verärgerungsgruppierung wird von denen, die nicht müde werden, einer mitleidigen Regierung Krampfler zwischen die Beine zu werfen, wo es nur angeht, und von den Profitinteressenten planmäßig ausgebeutet, um gegen das „Zwangssystem“ somit zu kämpfen. Es wird nicht nach dem Prinzip der Einsicht gehandelt, sondern nach dem bekannten Leitwort: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“ Da ist es kein Wunder, wenn selbst diejenigen wandeln werden, um deren Schutz und Sicherung es sich bei dem allen doch handelt: die Konsumentenkreise.

Inmitten dieser Brandung stehen die verantwortlichen Reichsstellen, die für jedes Moment des Verzagens in der Versorgung meist in nervöser Form zur Rechenschaft gezogen werden. In der Beschränkung hat man allgemein keine Vorstellung davon, in welcher Weise die Entschlüsse über Beibehaltung oder Boderung der Zwangswirtschaft zustande kommen. Es wird vielfach angenommen, daß diese Entschlüsse am glatten Tisch entstehen, während die Sache doch so verläuft, daß jeder Maßnahme gründliche und langwierige Konferenzen — sämtlicher in Frage kommenden Interessenten — vorangehen. In diesen Konferenzen sind nicht nur die Sachverständigen der Reichsregierungsstellen vertreten, sondern zugleich auch Vertreter der Produzenten, des Handels und der Konsumenten, d. h. der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftskreise. Noch nie ist eine Maßnahme durchgeführt worden gegen die vorherrschende Meinung dieser Konferenzen. Vielmehr ist es in Wirklichkeit meistens so gewesen, daß sich in den Grundprinzipien eine Übereinstimmung herausgestellt hat, weil eben nur der sinnliche Meinungsaustausch der Interessenten ins Auge fällt, das für und Wider gerecht und frei von allen Einseitigkeiten abzuwägen. Aus der Vogelperspektive, wenn man so sagen darf, diese Konferenzen gewinnt man eben ein ganz anderes Bild, als wenn man sein Urteil nur auf die Meinung eines einzelnen engen Interessentenkreises aufbaut.

So ist es immer gewesen, und so wird es bleiben. Jede Regierung, die vorgesetzte Tendenzpolitik treibt und nicht nach dem Prinzip des vernünftigen Interessenausgleichs arbeitet, macht sich über kurz oder lang unpopulär. Sie kann nur getragen werden durch das Verantwortlichkeitsgefühl, das über allen Einzelinteressen steht.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Haben Tarifverträge für den Arbeitgeber heute praktischen Wert?

Diese Frage wirft Herr Dr. Voss, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, kürzlich in verschiedenen Zeitschriften auf und kommt zu dem Schluß, daß Tarifverträge in der heutigen Gestalt für den Arbeitgeber keinen praktischen Wert haben. Dagegen sagt Herr Dr. Voss, daß Kollektivverträge für den Arbeitnehmer von bedeutendem Wert sind, braucht wohl nicht ausdrücklich betont zu werden. Dies erhellt schon allein daraus, daß die Gewerkschaften stets nachdrücklich die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen gefordert haben. Demgegenüber haben sich die Arbeitgeberverbände stets nach Kräften gegen die Kollektivverträge gewehrt, und man kann wohl sagen, auch heute steht noch der größte Teil der Arbeitgeberchaft auf dem Standpunkt, daß Tarifverträge schädlich auf unser Wirtschaftsleben wirken müssen, weil sie eine gewisse Zwangswirtschaft, eine Schematisierung herbeiführen. Herr Dr. Voss will seine Auslassungen dadurch stützen, daß er auf die Rechtsverbindlichkeit bestimmter Tarife hinweist, der keine Strafbestimmungen für Vertragsbruch entgegenstehen.

Herr Dr. Voss dürfte mit seiner Ansicht so ziemlich allein stehen. Der Bericht im „Proletarier“ Nr. 36 über eine Vertreterkonferenz des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands am 23. August 1919, die aus allen Teilen Deutschlands befehligt war, befragt das gerade Gegenteil, und es würde sich erübrigen, auf die Auslassungen Dr. Voss' einzugehen, wenn er nicht Vorsitzender des größten Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Deutschlands wäre, dessen Anschauungen einen bestimmten Einfluß auf die Arbeitgeber gewinnen können. Darum sei uns eine Entgegnung erlaubt, die Licht und Schatten richtig verteilen soll.

Wenn Dr. Voss behauptet, daß radikale Elemente, jeder wirtschaftlichen Erkenntnis bar, unermeßliche, für unser Wirtschaftsleben katastrophale Forderungen durchzusetzen sich bemühen und wider Treu und Glauben gültige Tarifverträge durchbrechen, so liegt wohl in dieser Verallgemeinerung eine Übertreibung, die zurückgewiesen werden muß. In jetziger aufgeregter Zeit, die den Arbeitern fast die Existenzmöglichkeit nimmt und in ihrer Unbeständigkeit die zündenden Grundlagen der Tarifverträge über Nacht zerstört, sind zwar solche Disziplinwidrigkeiten vorgekommen, und es dürften auch in Zukunft solche Erscheinungen zutage treten, aber darum darf das Rand nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden. Tatsache ist, daß sich auf Grund der Tarifverträge das Wirtschaftsleben wieder festigt, womit der Wert der

Tarifverträge dargestellt ist. Wenn aber auf mangelhafte Einhaltung der Verträge seitens der Arbeiter hingewiesen wird, so muß auch die mangelhafte Anerkennung und Einführung abgeschlossener Verträge seitens der Unternehmer erwähnt werden. Ein typisches Beispiel über mangelhafte Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeiten seitens der Unternehmer kam uns kürzlich in einem Zeitungsartikel in einer Frankfurter Zeitung zu Gesicht, zu dessen Vaterchaft sich ein Vertreter eines größeren chemischen Wertes in Darmstadt bekannte. Dieser Artikel atmete den Geist der wilhelminischen Zeit, in der die Arbeitgeber unumschränkte Herrscher im Produktionsprozeß und die Arbeiter rechtlos waren. Wenn solche Märenten in Unternehmerkreisen beliebt werden, ist es verständlich, daß die Arbeiter Vertrauen zur neuen Gemeinschaftsarbeit nur schwer gewinnen können und ihrerseits die Vertrags-treue der Unternehmer bezweifeln. Auf den Inhalt des Artikels näher einzugehen, wollen wir unterlassen. Herr Dr. Voss dürfte ihn kennen. Nun aber des näheren über die Anerkennung unres Reichstareifs durch die Unternehmer. Täglich gehen dem Vorstande von den Gauleitern, den Zahlstellen und Arbeiterausschüssen Beschwerden zu, daß die bereits am 1. August in Kraft getretenen Bestimmungen des Tarifs nicht eingehalten werden. Die Urlaubsbestimmungen werden nicht nur von einzelnen Unternehmern, sondern von ganzen Gruppen, die im Arbeitgeberverband organisiert sind, nicht anerkannt. Disziplin wird also von beiden Seiten nicht in allen Teilen gehalten. Da Arbeitgeber und Arbeitnehmer aber in ihrer überwiegenden Zahl die Rechte im Arbeitsvertrag festgelegt wissen wollen und auf Grund dieser Verträge eine Verbindung unres Wirtschaftslebens anstreben, muß von beiden Seiten mit Ernst und Nachdruck an der Einhaltung der Tarifverträge gearbeitet werden. Auslassungen, wie die des Herrn Dr. Voss, daß Tarifverträge für die Arbeitgeber wertlos sind, stören unsere Gemeinschaftsarbeit und führen uns nicht zum Ziel. Aniaß zu Klagen haben die Arbeiter mindestens im gleichen Maße wie die Unternehmer. Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß die Verträge wertlos sind, sondern die Durchführung muß mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln angestrebt werden.

Papier-Industrie

Sitzung des Tarifamts.

Ueber zwei Streitfälle hatte das Tarifamt in seiner ersten Sitzung zu entscheiden. Wir geben die Formalien in den Verlaufs der Sitzung wieder, damit sich unsere Mitglieder ein klares Bild über den Gang der Verhandlungen machen können.

Niederschrift über die Sitzung des Tarifamts der deutschen Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie zu Berlin am 18. September 1919.

Anwesend sind als Arbeitgeber-Vertreter die Herren Direktor Naude, Direktor Jost, Direktor Elemen, Direktor Heide, Kommerzienrat Dr. Scheufelen, als Arbeitnehmer-Vertreter die Herren Müller, Gleichmann, Haberland, Vins, Graf.

§ 1. Im Einvernehmen sämtlicher Anwesender übernimmt zunächst Herr Direktor Naude den Vorsitz. In Durchführung des § 19 des Gesamtarbeitsvertrages wird anliegende Geschäftsordnung für das Tarifamt aufgestellt.

§ 2. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: a) von Arbeitgeberseite Herr Direktor Jost, b) von Arbeitnehmerseite Herr Müller. Zu Schriftführern wurden gewählt: a) von Arbeitgeberseite Herr Direktor Heide, b) von Arbeitnehmerseite Herr Vins.

§ 3. Im Einverständnis mit den Arbeitnehmer-Vertretern übernimmt für heute Herr Direktor Jost den Vorsitz. Das Schriftführeramt liegt demnach für heute Herrn Vins ob.

§ 4. Es wird sodann in die Verhandlung über den Fall Gauleitung Stertin gegen Stettiner Papier- und Pappfabrik eingetreten. Für Klägerin erscheint der Gauleiter Herr Wiesenhütter, für Beklagte erscheint Herr Direktor Kauf.

Der Vorsitzende teilt den Parteien mit, daß Herr Kommerzienrat Dr. Scheufelen als Beisitzer heute eingesprungen ist, obgleich er weder zu den ordentlichen, noch zu den stellvertretenden Mitgliedern des Tarifamtes gehört.

Die Parteien erklären sich mit der Besetzung des Tarifamtes in dieser Form einverstanden.

Vertreter der Klägerin begründet hierauf den Antrag der Arbeiterschaft auf Einreichung des Betriebes Bülow in Drisiklasse II des Arbeitsvertrages für Pommern-Mecklenburg, und zwar mit den teuren Lebensbedingungen in Bülow.

Vertreter der Beklagten beantragt Einreichung in Drisiklasse III. Beklagte ist bereit, zu den Sägen der Drisiklasse III einen Leistungszuschlag zu gewähren.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: „Das Tarifamt erachtet das von den Parteien vorgebrachte Material nicht als ausreichend, um sich ein klares Bild davon machen zu können, in welchem Verhältnis die Lebensbedingungen in Bülow zu denen in anderen ähnlichen Orten des Bezirks der Gruppe Pommern und Mecklenburg stehen.“

Da jedoch die Beklagte sich bereit erklärt hat, ihrer Arbeiterschaft die Lohnsätze der Drisiklasse III zuzüglich eines Zuschlages zu gewähren, wird den Parteien anheimgegeben, auf dieser Grundlage eine Einigung zu suchen. Erfolgt keine Einigung, so sollen beide Parteien beweiskräftige Unterlagen für ihre Anträge an das Tarifamt einreichen.“

Australiens Volkswirtschaft.

Die Kohlenproduktion Australiens stieg von 1,8 Millionen Tonnen 1881 auf 10,2 Millionen Tonnen 1908; 1910 betrug sie 9,8 Millionen Tonnen; davon entfielen auf den Staat New-Südwales allein 8,2 Millionen Tonnen. In Süd-Australien wird bis jetzt Kohle nicht gefördert. Das ergiebige Kohlenrevier ist das von Newcastle und Sydney in New-Südwales, das 2000 ergiebige Unterirdenreviere aufweist. Die Kohle von Newcastle wird zu einem großen Teil ausgeführt, die von Sydney dient nur allem zur Kohlenbereitung. Sehr viel verarbeitend ist das noch ungenutzte Kohlenrevier von Dawson in Queensland, wo die Förderung — in gut beschützten Schächten — betrieben wird.

Die weiterverarbeitenden Industrien dieses in Australien vornehmlich dem Jalesbedarf. Der Großbetrieb ist wenig entwickelt. Die Kohlenverwertung auf dem Weltmarkt wird durch verschiedene Unfälle erschwert, deren Einwirkung im Rahmen dieser Skizze nicht möglich ist.

Eine Industriezweig wurde im November 1912 durchgegriffen. Insgesamt betrug damals 14.878 industrielle Betriebe, welche zusammen 313.677 Personen beschäftigten, wovon 211.593 dem männlichen und 82.084 (26 Proz.) dem weiblichen Geschlecht angehörten. Nach der Stellung im Betriebe waren:

	Männliche Personen	Weibliche Personen	Insgesamt
Zugführer	18.051	3.287	21.338
Schaffarbeiter	213.532	78.797	292.329
Insgesamt	231.583	82.084	313.667

Von dem Gesamtpersonal bildeten die Zugführer (Betriebsleiter, Schaffarbeiter, Kuppler, Aufhänger, Kaminarbeiter usw.) 6,8 Proz. und die Schaffarbeiter 93,2 Proz.

Die Zahl der Betriebe und der beschäftigten Personen in den einzelnen Gewerbegruppen, welche die amtliche Statistik unterscheidet, ist in der folgenden Tabelle angegeben:

Gewerbegruppen	Betriebe	Männl. Personen	Weibl. Personen	Zus.
Handlung mit Rohmaterialien	871	8.614	123	8.737
Industrie der Holz- und Holzwaren	162	1.733	278	2.011
Holz- und Holzwarenindustrie	709	12.170	106	12.276
Holzverarbeitung	1.747	28.736	184	28.920
Gewinnung der Metalle, Erzkonzentration usw.	1.779	61.080	567	61.647
Nahrungsmittel-Industrie	2.231	36.904	8.402	45.306
Textil- und Lederindustrie	3.112	20.008	61.716	81.724
Papier- und Druckindustrie	1.158	17.635	6.169	23.804
Metallwarenherstellung	21	558	51	609
Waffenherstellung usw.	16	407	490	897
Handlung für den Transport zu Lande	1.249	11.668	303	11.971
Schiffahrt	97	3.727	1	3.728
Waldwirtschaft	670	8.845	820	9.665
Chemische Industrie	202	3.112	1.113	4.225
Elektrische Industrie	44	182	29	211
Edelsteinindustrie	177	1.917	204	2.121
Telegraphen-, Fernsprechanlagen- und Kraftanlagen	372	8.073	393	8.466
Erzeugung von Lebensmitteln (ohne nähere Angabe)	66	825	330	1.155
Restliche Industriezweige	155	2.247	815	3.162
Insgesamt	14.878	231.583	82.084	313.667

Trotz der schwachen Besiedlung Australiens ist das Verkehrsnetz gut entwickelt. Die Eisenbahnen, die zum weitestgehenden Teil Staatsbahnen sind, hatten 1912 eine Länge von 30.072 Kilometer, die Telegraphen eine Drahtlänge von 70.861 Kilometer. Auf die einzelnen Staaten verteilen sich Eisenbahnen und Telegraphen wie folgt:

Eisenbahnen	Telegraphen
Länge in Kilometer	
New-Südwales	6.599
Victoria	5.913
Queensland	7.460
Süd-Australien und Nordterritorium	3.450
West-Australien	5.522
Tasmanien	1.128

Namentlich im Osten, Südosten und Süden Australiens ist heute ein angelegentliches Bahnnetz vorhanden, das die verschiedensten Ackerbau-, Viehzucht- und Bergbaubezirke mit den Häfen verbindet, die ihrerseits wieder durch ungefähr mit der Küste parallele laufende Linien miteinander verbunden sind. Im Osten erstrecken sich von Lonsdale, Northampton, Brisbane und Sydney ausgehende Linien in verschiedenen Richtungen bis zu 1000 Kilometer landeinwärts. Im Südosten verbinden die Linien im State New-Südwales nach Sydney, im State Victoria nach Melbourne. Im Süden gehen die Hauptlinien mit ihren zahlreichen Zweigen von Melbourne und Adelaide aus. Alle diese Linien sind durch die zwischenstaatliche Grenzlinie verbunden, die von Brisbane über Sydney und Melbourne nach Adelaide 2881 Kilometer lang ist. Die Ost-West-Verbindungsbahn von Adelaide bis Kalgoorlie in West-Australien, die 1917 fertiggestellt wurde, hat eine Länge von 1750 Kilometer. Zum großen Teil führt sie durch unbefestigte trockene Steppen, die nur nach künstlicher Bewässerung dem Ackerbau dienlich gemacht werden können.

Es wird Johann verhandelt über den Fall Copih. Für die Firma Kiegl erscheinen Herr Kiegl und Herr Schmidt, für die Arbeiter...

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Da nach dem Tarifvertrag der Gruppe Sachsen vom 23. August d. J. Copih nicht als solcher...

Keramische Industrie

Das Süddeutsche Zement Syndikat hat nach der Meldung der Tagespresse für drei Monate den Zement aufgekauft...

Aus der Kalkindustrie

Die Verhandlungen über die Kalkverteilung im Monat September haben ergeben, daß die Kalkproduktion infolge des Kohlenmangels...

Gewinne in der Schamotte- und Steinzeugindustrie

Die Domagischer Tonwerke, A.-G., zu Domagisch a. d. E. erzielen im verfloßenen Geschäftsjahr einen Betriebsgewinn von 332 765 Mark...

Capeten-Industrie

Ortsklasseneinteilung zum Reichstarif für die Capetenindustrie

In Nr. 37 des „Proletariats“ wurden bereits verschiedene Tarifsorte bekanntgegeben, für die eine Einigung über die Lohnklasse erfolgt war...

Zucker-Industrie

Die Weltzuckerversorgung

Nach ungefähren Schätzungen belaufen sich gegenwärtig die Weltvorräte an Zucker auf etwas über 43 Millionen Zentner gegen 36 1/2 Millionen Zentner...

auf 327 Millionen Zentner gegen 347 und 340 in den beiden letzten Jahren. Während die Rübenzuckererzeugung diejenige an Rohzucker...

Das Deutsche Reich, welches vor dem Kriege mit einer Zuckererzeugung von rund 2 bis 2 1/2 Millionen Tonnen an der Spitze aller Länder stand...

Das nordamerikanische Zuckercapital verfügt jetzt über die eigene Zuckerrübenzucker der Vereinigten Staaten (etwa 0,7 Millionen Tonnen)...

Die Insel Kuba markiert jetzt mit der gewaltigen Menge von 3,8 Millionen Tonnen Rohzucker gegen 3,5 Millionen Tonnen im letzten Jahre...

Die Zuckererzeugung Hollands belief sich 1918/19 auf 173 000 Tonnen und wird für das Jahr 1919/20 auf etwa 200 000 Tonnen veranschlagt...

An ihrer Stelle aller Zuckerland stand vor dem Kriege die Tschechoslowakische Republik. Dieses Land wird vorläufig allein Zucker in größerem Maßstabe ausführen können...

Ein wichtiges Rübenzuckerland könnte Polen werden; da es außer dem wichtigsten deutschen Zuckergebiete einen großen Teil der Zuckerindustrie des ehemaligen Zarreiches erhält...

Die Zuckererzeugung Rußlands einschließlich der Ukraine und Polen erreichte im Betriebsjahre 1918/19 knapp 14 Millionen Zentner gegen 20 1/2 und 26 1/2 Millionen Zentner in den beiden letzten Jahren...

Das Ziel gilt auch für Frankreich, dessen Zuckererzeugung schon vor dem Kriege sehr stark zurückgegangen war...

In allen afrikanischen Rohzuckergebieten ist die Erzeugung des Betriebsjahres 1918/19 zurückgegangen. Es wurden im ganzen in Äfen rund 90 1/2 Millionen Zentner Rohzucker erzeugt...

In Südamerika hat sich während des Krieges die Zuckererzeugung Argentiniens und Brasiliens kräftig entwickelt. Während die Erzeugung im Betriebsjahre 1916/17 nur 1 1/2 Millionen Zentner betragen hatte...

Rüben auch die Zukunftsaussichten dieses Weltteiles nicht zu unterschätzen sein, so sind die Aussichten für die Versorgung der Welt mit Zucker immerhin wenig günstig...

Verschiedene Industrien

„Einflüßige Stimmen“, Nr. 38 vom 20. September, das Sachvergen der Unternehmer der Buchbranche, schreibt: „Die Bestimmungen zur Aufhebung der Heimarbeit, die ja ohnehin schon recht beeinträchtigt ist...

Heimarbeit für Kranke

„Einflüßige Stimmen“, Nr. 38 vom 20. September, das Sachvergen der Unternehmer der Buchbranche, schreibt: „Die Bestimmungen zur Aufhebung der Heimarbeit, die ja ohnehin schon recht beeinträchtigt ist...

hätten arbeiten können, würde die Gelegenheit zum Erwerb entzogen. Die Kammer gab von ihrer Stellungnahme dem Wirtschaftsministerium...

Wenn die Dresdner Handelskammer der Auffassung ist, der Verdienst des Mannes brauche einen Zuschuß, dann ist eben der Verdienst zu niedrig und muß erhöht werden. Die verheiratete Frau soll nicht in erster Linie Arbeiterin sein, sondern Mutter und Hausfrau...

Das neue Zündwarensteuergesetz

Mit dem 1. Oktober sind die neuen Sätze des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919 in Kraft getreten. Nach § 2 des Gesetzes kommen nunmehr die nachstehend angeführten Sätze in Betracht...

- 1. für Zündhölzer, für Zündstängel und für Zündstängel aus Stahlgelber, für Zündstängel aus sonstigen Stoffen
a) in Schächeln oder andern Behältnissen mit einem Inhalt von weniger als 30 Stück 2 Pf. (1 Pf.) und mit einem Inhalt von 30 bis 60 Stück 3 Pf. (1 1/2 Pf.) für jede Schachtel oder jedes Behältnis...

Die höheren Steuerfüße zu 1 und 2 treten nicht ein, wenn die angegebenen Stückzahlen um nicht mehr als 10 vom Hundert überschritten werden. Nach § 3 tritt eine Erhöhung der Zündwarensteuer um 10 vom Hundert ein für Zündhölzer und Zündkerzen...

Gewerkschaftliche Nachrichten

Arbeiter-solidarität und Kohlenkommissar. Die Glasarbeiter in Rinteln, deren Betrieb wegen Kohlenmangels zum Erliegen kommen muß, haben sich an die Bergarbeiter in Dorfinghausen gewandt und diese auf die große Notlage hingewiesen...

Konferenz für den Gau 10 (München)

Der Gau 10 hielt am 30. und 31. August im Gemerkschaftshaus in München eine Konferenz ab, welche von fast allen Bezirksstellen besichtigt war. Die Tagesordnung lautete: 1. Berichterstattung über die Tätigkeit seit der letzten Konferenz...

Berichte aus den Zahlstellen.

erledigt werden. Kollege Weber erklärte, daß unbedingt und baldigt Remedur geschaffen werden muß, denn es ist unmöglich, ohne Personalvermehrung der Arbeit Herr zu werden. Er stellte deshalb den Antrag, daß aus verschiedenen zusammengehörigen Zahlstellen Bezirkszahlstellen errichtet und in diesen Geschäftsführer angestellt werden. Damit war auch Punkt 2, Errichtung von Bezirkszahlstellen, angeordnet und begründet. Bei der nun einsetzenden Diskussion über Punkt 1 und 2 wurde der Tätigkeit der Gewerkschaften Anerkennung gezollt. Es wurde darauf hingewiesen, daß verschiedene andere Organisationen in den für uns zuständigen Betrieben agitierten, so daß es notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen. Auch wurde von einigen Kollegen gegen den Abschluß von Kollektivverträgen gesprochen. Mit der Errichtung von Bezirkszahlstellen waren alle Kollegen einverstanden, nur sprachen sich einige gegen die dadurch bedingte Lokalbeitragsverpflichtung aus. Als sich der Bezirkszahlstellen-Komitee in Betracht Hagenheim, Mühlendorf, Straubing, Deggendorf und Kempen mit den umliegenden Zahlstellen. In seinem Schlusssatz nahm Kollege Weber Stellung zu den Ausführungen und Anträgen der Diskussionsredner und sprach den Dank für die gepollte Anerkennung aus.

Kollege Lang (München) referierte am zweiten Tage über die Rechte der Betriebsräte. Er betonte, daß wir nicht nur eine politische Revolution gemacht haben, sondern auch eine wirtschaftliche, letztere müßte aber noch ausgebaut und fortgeführt werden. Leider verhandelt die Not, welche der Krieg erzeugte, den Aufbau des Sozialismus. Aber mit dem Wachsen der Zahl der organisierten Arbeiter wachse auch die Kraft des Proletariats und nähere sich damit dem Zeitpunkt seiner Reife. Kollege Lang verbreitete sich dann noch speziell über die Rechte der Betriebsräte, besonders aber über die Wichtigkeit ihrer Arbeit und ihr Zusammenwirken mit den Gewerkschaften. Es wurde nun vorgeföhrt, den vierten Punkt auch gleich mit zu behandeln und dann über beide Punkte die Diskussion zu eröffnen. Zu dem Punkt: "Die Aufgaben der Gewerkschaften in der Zukunft" sprach als Referent der Kollege Graß. Er gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung der Gewerkschaften und betonte, daß der Aufschwung der Industrie das Proletariat in Masse geschäftigt habe. Während nun die Industrie und das Unternehmertum von allen Seiten, besonders aber von allen Regierungen den größten Schutz und die größte Förderung erfährt, wurde die aufstrebende Arbeiterkraft gedrückt und geteilt, wo es nur möglich war. Erst der Fall des Sozialistengesetzes machte die Bahn frei für die vor- und aufwärts strebende Arbeiterkraft. Kollege Graß stellte dann die Frage, ob die Aufgaben der Gewerkschaften schon erfüllt seien:

1. Der Kampf um den gerechten Anteil vom Arbeitsertrag.
2. Die Abschaffung von Individualarbeitsverträgen, dafür die Schaffung von Tarif- und Kollektivverträgen und damit die Anerkennung der Gewerkschaften als berechtigte Vertreter der Arbeiterschaft.
3. Schulung und Erziehung der Arbeiterschaft zu sozialistischen Klassenkämpfen, Pflege von Bildung und Wissenschaft, dort wo es möglich sei.

Dieses wiederum bedinge:

4. Verkürzung der Arbeitszeit, um eben die nötige Zeit für diese Bestrebungen zu schaffen.
5. Die Errichtung von Kumpffonds und die Schaffung von Unterhaltungsanstaltungen.

Graß behandelte nun Punkt für Punkt und bewies zum Teil an Beispielen, daß noch viel zu tun sei, um diese Aufgaben zu erfüllen. Er kam zu dem Resultat, daß die bis jetzt erzielten Erfolge noch erweitert und ergänzt werden müssen. Er verbreitete sich auch noch über die Entstehung der Arbeitsgemeinschaften, deren Bestrebungen und Gliederung. Er ist mit den Arbeitsgemeinschaften einverstanden, betont aber, daß nur die tüchtigsten und tüchtigsten Kollegen, besonders aus den Betrieben, in diese Arbeitsgemeinschaften einreten sollten. Doch sei ein gewisses Minimum immer noch an Pflege. Auch weist er auf die gelbes Gewerkschaften hin, welche noch nicht vom Unternehmertum jollen gelassen werden sind. Es sei denjenigen nur eine Karenzzeit eingeräumt, während dieser jollen sie den Nachweis liefern, daß sie als berechtigte Vertreter der Arbeiter gelten. Er verwahrt sich energisch dagegen, daß wir mit den gelben Streikbrecherorganisationen aus eines Tages an einen Tisch gegen jollen. Graß wies zum Schluß noch darauf hin, daß mehr denn je starke Organisationen notwendig seien, um die Lage der Arbeiterschaft nicht nur noch mehr zu heben, sondern vor allem zu verjahren, daß dieselbe wieder in ihr altes Verhängnis nicht zurückföhrt. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, ihre ganze Kraft und ihren ganzen Fleiß für die Gewerkschaften einzusetzen, jollte Kollege Graß seine beifällig angenommene Ansprache zu der Diskussion über die beiden Punkte über die Kollege Wöhl (Augsburg), die Behauptung eines Rednerjers, "der Aufstandsweg sei das einzige Hebelmittel der Revolution", die Betriebsräte seien eine Illusion, hätte er keine Ursache, darauf einzugehen, wenn diese Anschauung verjahren wäre, je sei aber leider eine sehr weit verbreitete. Darin liegt eine große Gefahr. Wer von Hebelmitteln spricht, der drückt damit aus, daß er die Revolution für beendet und die ganze Umwälzung für abgeschlossen betrachtet. Man hat aber nichts unrichtiger als das. All das, was wir seit 1914 und speziell seit 1918 erlebt haben, sei doch nur ein kleines Stück des großen Geschehens, das sich auf Erden vorbereitet und zum Teil schon zu vollziehen beginnt.

Nichts wäre gefährlicher, nichts unversöhnlicher, als wenn die Arbeitermassen in fatalistischer Stimmung den Kampf aufgeben und die Hände ins Korn werfen würden, gerade heute, wo der Arbeiterkampf durch die Revolution überaus gefährlich geworden ist, mit ihren Gegnern, als gleichberechtigter Partner, den Kampf anzugehen.

Neben dem freien Wahlrecht, von dem es in einem Arbeiterlied heißt, daß es das Zeichen ist, in dem wir leben, betrachtet der Redner die Betriebsräte durchaus nicht als eine in der Luft hängende Illusion, sondern je seien ein Mittel zu unterjührendes Kampfmittel in unserem Kampferfolg. Denn die Betriebsräte richtig und anzuerkennen vor den Kollegen, die ihnen durch das Gesetz gegeben sind, Gehör zu jollen verdienen, können je die Schwimmbretter der Sozialisierung werden.

Der Redner meint, daß, wenn wirklich ein Mittel gegeben sei, um die gesamte Arbeiterschaft auf eine bessere wirtschaftliche Lage zu stellen, es denn jüher die Betriebsräte seien. Denn die Betriebsräte auf dem Felde seien, dann kann man ihnen die für den einzelnen einzelnen Kampf mit sich bringen mag, bejehntigt oder doch wenigstens gemildert werden. Redner kann nicht verstehen, warum in der Diskussion eine solche Abwertung gegen Betriebsräte zulage getrieben sei. Durch das Gesetz über die Betriebsräte sei der Kampfstand zum erstenmal in ihre Hände gekommen worden. Die Gefahr und Mangel, die sich in der Praxis zeigen, erlöcht der Redner im Gegenjatz zum Rednerjers, nicht in der Unmöglichkeit des Gesetzes, sondern in dem separaten Verhältnis, das zwischen Arbeitgeber und Arbeiter auch heute noch leider besteht.

Die Anerkennung der Gewerkschaften als berechtigte Vertreter der Arbeiter von Seiten des Unternehmertums sei einer der bedeutendsten Siege der gesamten Arbeiterbewegung.

Eine der wichtigsten Aufgaben sei, die Massen mit dem wirtschaftlichen Sozialismus bekannt zu machen. Die Einzelnen und Gefühlsregungen der Arbeitermassen sei heute dringender denn je.

Zu dem Punkt "Erfolgswort" wurde zuerst der Abschnitt eines Rednerjerses Erwähnung genommen. Kollege Weber jührte an, daß die Unterjührenden "ein heiliges Verbotswort angejährt und dementsprechend auch die Rechte erlosche werden müssen, was wir auf einen Verbotszettel geschrieben haben. Kollege Krauß (München) betonte, daß man jett kein Geld mehr für Streiks und Kampferfolge braucht und daß man dieses Geld zum Aufbau der Unterhaltungsanstaltungen verwenden könne. Nachdem noch verschiedene Kollegen dafür und dagegen gesprochen hatten, jührte Weber jett, daß die Bedeutung der Konferenz die sei, im nächsten Frühjahr einen Verbandstag abzuhalten. Es wurde nun eine ganze Reihe von Fragen besprochen, je die Verwendung der Gelder, die von den Zahlstellen an die Gewerkschaften gegeben werden, die Rücklegung von Kampferträgen und die Frage der politischen Zusammenarbeit. Zu letzterem Falle wird Weber beantragt, alles zu tun, um die Kollegen, die noch in der Not und Verunsicherung sind, je die Verwendung der Gelder, die von den Zahlstellen an die Gewerkschaften gegeben werden, die Rücklegung von Kampferträgen und die Frage der politischen Zusammenarbeit. Zu letzterem Falle wird Weber beantragt, alles zu tun, um die Kollegen, die noch in der Not und Verunsicherung sind, je die Verwendung der Gelder, die von den Zahlstellen an die Gewerkschaften gegeben werden, die Rücklegung von Kampferträgen und die Frage der politischen Zusammenarbeit.

Böbersdorf. Daß es unter den heutigen Verhältnissen noch Leute gibt, die von ihrem "Herr-im-Haus-Standpunkt" nicht zurücktreten wollen, ist bekannt. Zum größten Teil liegt das an der betreffenden Arbeiterschaft selbst, die sich entsprechend behandeln läßt. Daß es aber jett noch Arbeiter gibt, die sich von ihren Arbeitgebern für einen Hungerlohn ausbeuten und dabei noch die allerhöchste Behandlung genießen lassen, das findet man doch nicht alle Tage. Derartige Verhältnisse bestehen gewissermaßen in der Tierkörper-Verwertungsanstalt in Böbersdorf. Der Wächter derselben, Herr Georg Schulz, erlaubt sich seinen Arbeitern gegenüber einen Ton, den man nicht einmal gegen die einer bewertigen Anstalt überwiesenen Tiere anwenden darf. Dabei jährt er seinen Leuten einen Wochenlohn von 30 - 40 M., nebst freier Wohnung, Feuerung und Licht. Daß bei diesem horrenden Lohn die Leute kein Schlemmerleben führen können, wird jeder einsehen; es war daher zu verstehen, daß die Leute zu mir kamen und mich bateten, ihnen bei Erreichung besserer Lohnverhältnisse beizuhelfen. Diesem Wunsch kam ich gern nach, zumal es meine Aufgabe ist, den Armen und Unterdrückten beizuhelfen. Da persönliche Verhandlungen keinen Erfolg hatten, wurde die Angelegenheit dem zuständigen Schlichtungsausschuß übergeben. Der Ausschuß entschied nun in seiner Sitzung vom 4. September, daß die Forderung der Arbeiterschaft, Erhöhung des Wochenlohnes um 20 M. als berechtigt anzuerkennen ist und als jett zu betrachten sei. Herr Schulz wurde verurteilt, den geforderten Lohn zu bezahlen. Wer aber nun meint, daß Herr Schulz den Schiedspruch beachtet, der irrt. Nicht nur, daß er mit wissenschaftlich unmaßgeblichen Angaben vor dem Ausschuß hintrat, er ignorierte den Schiedspruch vollständig und ließ seine Leute auch jerner für diesen Hungerlohn arbeiten. Was aber noch schlimmer ist, dieselben Leute, die vorher nicht laut genug klagen konnten, daß es mit diesem Lohn unmöglich sei zu bestehen, je arbeiteten außer einem, für diesen Lohn weiter. So niedrig darf man keine Arbeiterkraft nicht einjöhren. Herr Schulz jührte in der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß aus, daß er finanziell nicht in der Lage sei, den höheren Lohn zu bezahlen. Dagegen sagte er zu seinen Arbeitern gelegentlich: "Die Regierung muß betrogen werden!" Das bejorgte er denn auch gründlich, indem er, ohne die Erlaubnis zu haben, in seinem Betriebe Zeitzeits herstellte und je zu Wucherpreisen nach Genuß verkaufte. Wenn sich die Arbeiterschaft dieses Betriebes nicht selbst emanzipiert, nicht alles Reden und Erleben nichts. Mit Klagen und Jammern jollen Männer nicht verfahren, ihre Lage zu verbessern, je müssen handeln, das nützt mehr als lediglich auf den Arbeitgeber jchimpfen. Organisieren und kämpfen sei unsere Lösung. M. E.

Halberstadt. Schon in unserm letzten Bericht konnten wir erfreulicherweise einen rapiden Zuwachs an Mitgliedern melden. Und immer mehr jöhren sich Arbeitsgenossen um das Gewerkschaftsbanner; haben doch viele Kollegen erst nach dem 9. November eingesehen, daß durch ein festes Zusammengehen auf dem Boden der Gewerkschaft jichere Lebensbedingungen geschaffen werden können. Daß die neuzutretenden Mitglieder auch Wünsche mitbrachten, namentlich Aufbesserung ihrer bisher recht minimalen Arbeitslöhne, war ja wohl zu erwarten. Auch die aus dem Feldzug heimgekehrten Kollegen haben sich reijlos dem Verbande wieder angeschlossen. An die Produktengeschäfte von Frau. Juchan und Spindel haben wir einen Tarif eingereicht. Bis zur Stunde ist eine Nachricht von einer Bewilligung nicht zu verzeichnen. Die niedrige Entlohnung wurde bislang den Arbeiterinnen bei Meier und Koch juteil. Dort wurden Grundlöhne von 8 M. gezahlt. Dazu kam eine Teuerungszulage von 8 M. Es gelang uns auch, die Teuerungszulage auf 12 M. zu erhöhen. In den hiesigen Bezirken ist ein Staffeltarif vereinbart worden. Es erhalten Dienarbeiter 1,80 M., Gruben- und Pfeifenarbeiter 1,60 M. und Jugendlöhne 1 bis 1,50 M. die Stunde. In der Kalktöhne ist der Stundenlohn von 1,50 auf 1,80 Mark erhöht worden. In der Zuderfabrik wird ein Durchschnittslohn von 1,50 M. die Stunde gezahlt. Auf dem Proviantamt sind nach langen Verhandlungen die Löhne den jüdijchen Arbeitern gleichgestellt. So ist denn die Mitgliederzahl auf über 500 herangewachsen. Da diese Mitgliederzahl am Orie und eine Filiale außerhalb (Dannstedt) eine bedingte feste Arbeit erfordert, die sich durch weitere Agitation, Differenzen in den zahlreichen Betrieben usw. noch erhöhen dürfte, wurde in der letzten Monatsversammlung die Frage aufgeworfen, ob nicht mit der Anstellung eines Beamten in Kürze gerechnet werden müsse; denn es ist auch ausjeshlossen, daß eine Arbeit, wie sie in letzter Zeit geleistet wurde, vom Ortsvorstande im Nebenamt bewältigt werden kann. Es haben diesjhalb schon Konferenzen mit dem in Frage kommenden Zahlstellen stattgefunden, um demnächst dem Hauptvorstand berichten zu können. Den Mitgliedern möchten wir von dieser Stelle aus empfehlen, recht fleißig die Monatsversammlungen zu besuchen. Es wird das Bestreben der Ortsleitung sein, die Versammlungen durch bejehrende Vorträge zu beleben, damit auch jedem Mitgliede das Wesen der Organisation klar werde. Wir alle wissen, daß wir einem geschlossenen Unternehmertum gegenüberstehen und darum joll und muß jedes neuzutretende Mitglied das Organisationswesen kennen lernen, damit es bewußt und richtig zu handeln weiß. E. D.

Den Mitgliedern möchten wir von dieser Stelle aus empfehlen, recht fleißig die Monatsversammlungen zu besuchen. Es wird das Bestreben der Ortsleitung sein, die Versammlungen durch bejehrende Vorträge zu beleben, damit auch jedem Mitgliede das Wesen der Organisation klar werde. Wir alle wissen, daß wir einem geschlossenen Unternehmertum gegenüberstehen und darum joll und muß jedes neuzutretende Mitglied das Organisationswesen kennen lernen, damit es bewußt und richtig zu handeln weiß. E. D.

Rundschau.

Die Transport- und Kohlenalamität.

Unjre Zahlstellenverwaltung in Viegniß hat mit Datum vom 27. August an den Reichskohlenkommissar folgendes Schreiben gerichtet:

"Unjere Zahlstellenverwaltung als Vertreter der Arbeitnehmer der Ziegels-, Papier- und Zuder-Industrie im Regierungsbezirk Viegniß, erkaunt sich hiermit anzupögen, ob und wieweit Sorge getragen ist, damit genannte Industrien mit genügendem Kohle bejehert werden. Uns als Arbeitnehmer erkaunt es unjersöhnlich, wenn sich laut Zeitungsmeldung die Kohlen an den Halber jett ankümben und auf der anderen Seite unjere wichtige Betriebe jillig wegen Kohlenmangels. Im Interesse der Allgemeinheit jöcher wir Maßnahmen gegen jolchen Mangelkand. Für den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Viegniß und Umg. Hochschönungswoll

H. Gampig."

Auf dieses Schreiben ist die nachstehende Antwort eingegangen:

"In Beantwortung des horigen Schreibens vom 27. August bejehnte ich, daß die Bejeherung der Ziegels-, Papier- und Zuder-Industrie jändig mit dem größten Nachdruck von mir betrieben und überwacht wird. Ich bin über alle Einzelheiten der Kohlenverjöhrgang die: Industrien auf das genaueste unterrichtet und lasse angejährt ihrer Wichtigkeit nicht unversöhnt, um die höchstmögliche Kohlenmenge je gerecht wie erreichbar unter je zu verjahren. Eine Erigerung der Zuhjhren aus den Halberjehänden, die sich in der Tat in den letzten Monaten in erheblicher angejährt haben, ist aus betrieblichen Gründen nicht möglich. Durch die jörgeren Störungen des Eisenbahnbetriebes, teils durch den Streik der Eisenbahnangestellten, teils durch die Unruhen in Oberjöhren, jener durch die Verlängerung der Dagebauarbeiten bei der Verjöhrgang Ost- und Westpreußens auf dem Umwege je die Provint Posen jehert, jett durch je hindurch, jener durch den außerordentlich hohen Reparaturbedarf der Lokomotiven bleibt die Wagenstellung in Oberjöhren jändig weit hinter den Anforderungen der Gruben zurück. Solange diese Schwierigkeiten auf eisenbahn-technischem Gebiet, die sich jöhren Eingriff erkaufen, nicht beheben joll, ist nicht einmal an die Abjehr der täglich geforderten Mengen, geschweige denn an eine Verjöhrgung der Halberjehände zu denken.

Daß trotz aller dieser Hindernisse des Menschenmögliche getan wird, um die wichtigsten Industrien und Betriebe wenigstens einigermaßen über Wasser zu halten, dessen dürfen Sie versöhert sein. Nach Bejehdung des dringenden Bedarfs der Eisenbahn-, Gas-, Papier-, Metall- und Holzindustrie und Nahrungsmittelebetriebe verbleiben jedoch je wenig Brennstoffe zur Verjöhrgung an die übrige Industrie, daß wir noch ein geringer Bruchteil ihres abdringenden Bedarfs gedeckt werden kann."

Wir haben diesen Schriftwechsel mitgeteilt, nicht um zu weiteren Eingaben anzuregen, sondern um zu zeigen, daß je nicht zu jiele jöhren können. Wir jöhlichen Gejehren wird der Reichskohlenkommissar jählich kommandiert, er ist aber außerhande, die Dinge zu verjahren. Er wird es können, wenn das deutsche Volk seine Selbsterhaltungsgedanken erkaunt.

Wirtschaftliche Lage und Verbrechen.

Ueber die engen Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Lage und der Zahl der Verbrechen bringe uns die Zeitschrift für Demologie (Wolterhande) ein interessantes Beispiel. Es handelt sich hierbei um das alte Rußland, wie es vor dem Kriege war. Die Zeitschrift weist auf das jüdijche Proletariat hin, das in Rußland lebt. 42 Prozent der rußjischen Juden sind keine Handwerker, jemeinen mit einem Jahresverdienst von 500-600 M. In Rußland verdienen jüdijche männliche Fabrikarbeiter 6-10 M. wöchentl. Frauen im gleichen Zeitraum durchschnittl. 4 M. Während nun der Bevölkerungsanteil der Juden nur 4,1 Prozent betrug, waren unter den politischen Verbrechen 7,6 Prozent Juden. Und dasjebste Verhältnis besteht zwischen sozialer Not und nichtpolitischen Delikten. Wir wollen nun an das Wort des bekannten Statistikers von Mayr erinnern, der da jährt: Es hätte in der Periode von 1835 bis 1861 im bayerischen Gebiete diesjebts des Rheines je ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide im Preise gestiegen ist, auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen, während anderjehs das Fallen der Getreidepreise um einen Sechser bei der gleichen Zahl von Einwohnern je einen Diebstahl verjährt hat. Je freier das Leben darum von Sorge und Not ist, um je jütlicher ist es.

Der Zeitungspostverkehr nach den besetzten Gebieten.

Auf eine Eingabe des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachen der Zulassung von Zeitungen nach den besetzten rheinischen Gebieten hat das Reichspostministerium mitgeteilt, daß die Besatzungsbehörden in den einzelnen Zonen, mit Ausnahme der amerikanischen Zone, nach der Zeitungen ohne Einschränkung eingeföhrt werden dürfen, sich die Genehmigung der Zulassung usw. Zeitungs-sendungen aus dem unbesetzten Deutschland vorbehalten haben. Für die belgische Zone wird die Erlaubnis von der Interalliierten Wirtschaftskommission in Luxemburg, für die britische Zone von dem britischen Militärgouverneur in Köln erteilt. In die französische Zone dürfen politische Zeitungen und Broschüren überhaupt nicht eingeföhrt werden. Für Fachzeitschriften kann der Verleger jedoch unter Bejehung eines Belegitimes die Einföhrlaubnis bei der Presseabteilung der 10. Armee in Mainz nachsuchen. Nach Eljeh-Vorhingen und dem Brudentopfgebiet von Neßl sind Zeitungen allgemein nicht zugelassen.

Verbandsnachrichten.

Das Jahrbuch 1918

ist erschienen und den Zahlstellenleitungen mit der Nr. 40 des "Proletariats" in je einem Exemplar zugegangen. Allen Funktionären leistet das Jahrbuch gute Dienste, wenn es gelesen und der Inhalt zur rechten Zeit und am rechten Ort verwertet wird. Zahlstellen, die mehrere Jahrbücher benötigen, wollen alsbald ihre Bestellungen beim Hauptvorstand aufgeben.

Mit der Abrechnung vom 3. Quartal 1919 sind die Beiträge für die Unfallunterstützungskasse der Verbandsfunktionäre wieder fällig und jollgich mitzuzufenden.

Erjuche die Beiträge jeparat einzufenden.

F. r. Bruns, Kassierer.

Vom 21. September an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

- Zeidenid 448,28. Zeiz 2000,-. Dsjerleben 1200,-. Zeidenid 7,50. Martrantstätt 3500,-. Bromberg 1000,-. Aue i. Erzgeb. 500,-. Ummendorf 250,-. Halle a. d. S. 4000,-. Hilbesheim 3000,-. Kattowitz 50,-. Zeidenheim 800,-. Neuhaldensleben 470,-. Rangelsheim 60,-. Schönstedt 16,50. Zeiz 13,50. Frankfurt a. d. O. 9,50. Wolgast 3,75. P. 11,15. P. 7,90. P. 6,25. P. 6,25. P. 5,10. Schneidemühl 29,63. Eberswalde 4,75. Dsjfelde 9,50. Neu-Stuppin 589,60. Werjehgerode 1060,74. Wjnter 290,-. Ditmarchau 200,-. Plathe i. Pom. 100,-. Gröningen 1000,-. Wjshaffenburg 3000,-. Glogau 2000,-. Mannheim 6000,-. Bremen 3000,-. Garburg 132,50. Meijßen 12 000,-. Freudenstadt 225,65. Höfjst a. M. 41,-. Jöjß 154,50. Gämelerwald 1,50. Wlantenberg 3000,-. Wlsten i. d. M. 1500,-.

Schluf: Freitag, den 26. September, mittags 12 Uhr.

F. r. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhalten:

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Aue i. Erzgeb.	25 Pf.	15 Pf.	1. Okt. 1919
Bramiche	15 "	15 "	"
Bremen	40 "	15 "	"
Dortmund	25 "	15 "	"
Emund	40 "	25 "	"
Garburg (Schwaben)	30 "	20 "	"
Jasow i. Schles.	15 "	10 "	"
Martriedewitz	40 "	25 "	"
Memel	40 "	25 "	"
Oberöslau	25 "	25 "	"
Penig	10 "	10 "	"
Potsdam	15 "	15 "	"
Stolz	15 "	10 "	"
Silfj	40 "	25 "	"
Wschelburg	10 "	10 "	"
Wjnschendorf	20 "	15 "	"

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Aue a. d. Eber i. Weijß (Gau 14). Wjlf. Heide, Nr. 48.
- Brosital (Gau 14). Joseph Bremm, Niederziffen i. Brosital.
- Gröningen i. Pommern (Gau 4). August Reppenhausen, Babjühlerstr. 375.
- Jebbenbüren i. Weijß (Gau 1). Warnede, Dismark 78.
- Karjain (Gau 14). Graß Jönger, Magjain i. Weijßwald, Post Selters.
- Mittenwalde i. d. Mark. Herm. Bönjch, Berliner Vorstadt 26.
- King.heim a. Harz. Gustav Eibeschaujen.
- Sondershausen i. Thür. Karl Fijcher II. Verla b. Sondershausen.
- Tirjchreuth. 1. Bev.: Georg Lang, Langtr. 185. 2. Bev.: Heinrich Wamejer, Deijphl. 227.
- Urmiz (Gau 14). Phil. Ojter, Urmiz b. Koblentz, Hauptstraße 184.
- Wallebar a. Rhein (Gau 14). 1. Bev.: Rich. Knabe, Zur Bl.iche 2.
- Witten ist mit Dortmund verschmolzen.
- Zeidenid. 1. Bev.: F. Sonnemann, Ansbau Struer. 2. Bev.: Karl Herrberg, Wollestr. 37.

Dortmund.

Die Stelle eines Geschäftsführers ist bejehrt; allen Verwerbern besten Dank. Die Privatverwaltung.